



Protest vor der Autobahn: Die Auf- und Ausfahrt Ludwigsburg-Süd wurde zwar gesperrt, die Demonstration blieb jedoch vor dem Zubringer stehen.

Foto: factum/Theiss

„Verzweifelte Bürger“ fordern Lärmschutz

Ludwigsburg Groß angekündigt, wenig Resonanz: Nur 500 Teilnehmer sind beim Protestzug der A-81-Anrainer dabei. Von Ludwig Laibacher

Auf die Menschen, die sich gestern Mittag an der Autobahnauffahrt Ludwigsburg-Süd zur Protestkundgebung versammelt haben, treffe das Wort Demonstranten nicht zu, sagte Reinhold Noz. Vielmehr handle es sich um „verzweifelte Bürger“, die seit 40 Jahren vergeblich auf einen besseren Lärmschutz warteten. Der groß angekündigte Protestzug auf die A 81 hatte allerdings wenig Resonanz: „Es hätten gern mehr sein können“, sagte der Ludwigsburger CDU-Stadtrat, er schätzte deren Zahl auf „knapp 1000 Personen“. Die Polizei hat dagegen nur 500 Teilnehmer gezählt, die dem Aufruf der Aktionsgemeinschaft zur Reduzierung der Lärmbelastigung durch die A 81 gefolgt waren.

Der Protest des konservativen Bündnisses, das vor allem auf die Initiative von Kommunalpolitikern von CDU und Freien Wähler hervorgeht, richtet sich gegen die Pläne des Bundes, den Verkehr auf der Autobahn zwischen Ludwigsburg und Asperg zeitweise auf vier Spuren zu verteilen.

Dazu soll keine weitere Fahrbahn gebaut, sondern in Spitzenzeiten die Standspur freigegeben werden. Da diese improvisierte Verbreiterung amtlich nicht als Autobahnausbau gilt, müsste der Bund kein Geld für weiteren Lärmschutz aufwenden. Darum befürwortet die Aktionsgemeinschaft einen echten Ausbau der A 81 – und „einen umfassenden Lärmschutz“.

Gestern waren die Bürger aus den lärmgeplagten Anrainer-Gemeinden Asperg, Freiberg und Möglingen sowie den westlichen Stadtteilen von Ludwigsburg vom sogenannten Gaskessel in der Wöhlerstraße aus über die Karlsruher Allee und die Möglinger Straße zur Autobahnrampe marschiert. Dort hatte die Polizei die Auffahrt zur A 81 in Richtung Heilbronn von 11 bis 13 Uhr für den Verkehr gesperrt.

Der ursprüngliche Plan, die Demonstration bis zur A 81 auszudehnen, war nicht genehmigt worden, da das Stuttgarter Regierungspräsidium und die Polizei einen Protestzug auf der Autobahn als sehr

gefährlich eingestuft hatten. Ausdrücklich aber hatte der Oberbürgermeister Werner Spec die Ziele der Demonstranten unterstützt. „Lärm macht immer mehr Menschen krank“, erklärte Spec vergangene Woche – an der Demonstration selbst nahm auch er nicht teil. Und er machte den vom endlosen Verkehrsrauschen auf der Autobahn geplagten Bürgern Hoffnung: Im Herbst stünden weitere Beratungen zum Bundesverkehrswegeplan an. Dabei müssten die Belange der Bürger vorrangig behandelt werden.

Nach Ansicht des Ludwigsburger Oberbürgermeisters ist eine Verbreiterung der A 81 von bisher sechs auf acht Spuren unvermeidlich. Mit täglich mehr als 133 000 Fahrzeugen sei „das Maß des Erträglichen bereits lang überschritten“, sagt Spec. Der nötige Lärmschutz lässt sich seiner Ansicht nach nur mittels einer Überdeckung der Fahrbahn zwischen Asperg und Ludwigsburg herstellen.

Die Einwohner von Pflugfelden, Eglosheim, Asperg, Freiberg oder Möglingen hätten viel mehr Lärm zu erdulden als die Bür-

ger, die rund um den Flughafen lebten, sagte Elly Martinat, die Sprecherin des Aktionsbündnisses, bei der Demonstration: „Dort gibt es wenigstens ein Nachtflugverbot, so etwas haben wir nicht.“ Sie forderte einen „intelligenten Lärmschutz“ – und zwar sofort. Schon ohne die vierte Spur seien die Grenzwerte überschritten, erklärte Elly Martinat.

„Für die Menschen, die am Flughafen leben, gibt es wenigstens ein Nachtflugverbot.“

Elly Martinat, Sprecherin der Aktionsgemeinschaft

Auch die Bundestagskandidaten von CDU und FDP durften die Demonstration für den Wahlkampf nutzen: Steffen Bilger von der CDU schob die Schuld der SPD zu, die die Region Stuttgart beim Straßenbau vernachlässigt habe. Die Grenzwerte für den Lärmschutz müssten gesenkt werden, forderte Alexander Schopf (FDP).

„Wir werden so lange protestieren, bis wir den Lärmschutz haben“, sagte Reinhold Noz. Noch kämen die Demonstranten nur aus dem Raum Ludwigsburg, bald könnten sie sich mit den ebenfalls lärmgeplagten Sindelfingern und Böblingern zusammenschließen, kündigte der CDU-Kommunalpolitiker für künftige Aktionen an.